

Haushaltsreden in Steinen

Konsens herrscht bei Kitas und Verkehr – Hallengebühren sind umstritten



Von Robert Bergmann

Mi, 02. Dezember 2020 um 08:04 Uhr

Steinen

BZ-Plus | Die Steinener Fraktionen nehmen in ihren Haushaltsreden zahlreiche Themen in den Fokus – von Kitas, übers Schwimmbad bis zum Verkehr. Dabei ist man nicht immer einer Meinung. Eine Analyse.



Ohne Bauen in die Höhe wird es nichts mit der Schaffung preiswerten Wohnraums in Steinen, warnen SPD und Gemeinschaft in ihren Haushaltsreden. Foto: Robert Bergmann

Kindergärten:

Die Schaffung weiterer Kindergruppen "zur Deckung des Bedarfs" ist eine wesentliche Forderung der CDU. Die Fraktion sei bereit, diese Investitionen in die Zukunft der Gemeinde zu tragen, heißt es in der Haushaltsrede von Marc Sutterer. Mit Blick auf die 2,5 Millionen Euro, die die Gemeinde jährlich zum Kita-Betreuungsangebot beisteuert, gelte es aber, "dass wir das finanzielle Defizit im Auge behalten und stetige Anpassungen vornehmen müssen". Für die SPD begrüßt Sprecher Rudolf Steck das Kita-Projekt in Hüsing. Er fordert, bei der noch anstehenden Dachsanierung des Fröbelkindergartens "die Gunst der Stunde zu nutzen" und "Raumreserven" einzuplanen. Außerdem müsse die Gemeinde die Planungen für einen weiteren Kindergarten vorantreiben. Zu den umstrittenen Erhöhungen der Elternbeiträge, erklärt die SPD: "Wir können nicht verstehen, dass gerade jetzt und zudem noch in solch kurzen Schritten die Gebührenschaube in einer derart drastischen Größenordnung angezogen werden soll." Bei der Gemeinschaft für ein lebenswertes Dorf sparte Fraktionssprecherin Ulrike Mölbert das strittige Thema Finanzierung/Erhöhung der Elternbeiträge aus. Mölbert verwies lediglich darauf, dass die Gemeinde mit der Sanierung in Hüsing und der in Aussicht stehenden Sanierungsplanung für den Fröbelkindergarten beim Thema Kindergärten "einen Schritt vorangekommen" sei.

Schulen:

Die CDU sieht einen "großen Nachholbedarf" bei der Digitalisierung der Steinener Schulen und fordert diese als "Investition in unsere gesellschaftliche Zukunft" ein. Ebenfalls Nachholbedarf in Sachen Digitalisierung – vor allem auch der örtlichen Grundschulen – sieht die SPD und fordert: "Der Digitalpakt muss zügiger und konsequenter umgesetzt werden. Rudolf Steck befand, dass in den Prozess auch Schülerinnen und Schüler eingebunden werden sollten, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Geräte vorzuhalten. Außerdem solle die Gemeinde einen Schulentwicklungsplan auf den Weg bringen. Die Gemeinschaft äußerte sich nicht zum Thema Schulen.

Verkehr:

CDU-Sprecher Sutterer forderte die Verwaltung auf, endlich eine öffentliche Beratung des Themas Verkehr auf die Tagesordnung des Gemeinderats zu setzen. Es gelte die Belange der Gemeinde in einer "geeinten Version" bei Kreis, Land und Bund anzubringen, um nicht von der übergeordneten Straßenplanung "im wahrsten Sinne des Wortes überrollt zu werden". Eine ähnliche Forderung erhebt die SPD. Sie verlangt den Verkehrsmasterplan, um dann mit einer Stimme den Planungs- und Ausführungsbehörden gegenüber zu treten. "Lassen Sie uns das große Ganze nicht aus den Augen verlieren", meinte Gemeinschaftssprecherin Ulrike Mölbert beim Thema Verkehr. Unstrittig seien die Eckpunkte, Verlegung L138 und L135, Ostumfahrung, Schließung des Bahnübergangs sowie Tempo 30. Diese gelte es bei den übergeordneten Behörden "mit breiter Brust" einzufordern. Mölbert sprach sich darüber hinaus für eine bessere Anbindung der Teilorte durch einen Ausbau des ÖPNV aus.

Wohnen:

Das Thema bezahlbarer Wohnraum spielt eine größere Rolle sowohl bei der SPD als auch für die Gemeinschaft. Kostengünstiges Bauen werde in Steinen in Zukunft nur noch möglich sein, "wenn in die Höhe gebaut wird", so Gemeinschaftssprecherin Mölbert. Eine Schlüsselrolle beim "sozial gerechten Wohnungsbau" müsse die Kommunale Wohnbau Steinen einnehmen, fordert die SPD. Es gelte wieder verstärkt den Blick auf eine Innenverdichtung zu werfen und auch Gebäudeaufstockungen zu ermöglichen, "um der bestehenden Wohnungsnot zu begegnen". Außerdem, so die SPD, solle sich die Gemeinde nicht grundsätzlich aus der Planung von Baugebieten zurückziehen. In der Haushaltsrede der CDU wird das Thema ausgespart.

Vereine:

Trotz der schwierigen Haushaltslage werde sich die CDU auch weiterhin dafür einsetzen, das "öffentliche Leben" zu erhalten, meinte CDU-Sprecher Marc Sutterer. Und nannte dabei an erster Stelle neben Schulen und Kindergärten und weiteren Institutionen die Vereine. Für die Förderung junger Menschen, Sport und Vereine gebe die Gemeinde aber schon jetzt jährlich eine Million Euro aus, erinnerte Sutter. Zum Thema Vereine bedauert es SPD-Sprecher Rudolf Steck, dass die Gemeinde nach wie vor keinen Einstieg in das umstrittene Thema "Hallengebühren" gefunden habe. Es gehe der SPD darum, "die Gebühren für die Vereine sozial gerecht und so zu gestalten, dass die Existenzen der Vereine nicht gefährdet werden" und zugleich einen Einstieg ins Thema Vereinsförderung zu finden. Neben der jetzt in Angriff genommenen Erneuerung der Laufbahnen gelte es im Wiesentalstadion den ebenfalls sanierungsbedürftigen Hartplatz nicht aus den Augen zu verlieren. Gemeinschaftssprecherin Mölbert bedauerte ebenfalls, dass es auch nach drei Jahren Diskussion nicht gelungen sei, "die Hallengebühren endlich in trockene Tücher zu bekommen".

Flüchtlingsunterkunft:

Aus Sicht der Gemeinschaft ist es "unstrittig", dass es in Steinen einen Neubau für die Anschlussunterbringung von Geflüchteten geben muss. Bedauert wird, dass es noch keine Klarheit über die Zahl der Menschen gibt, die in der Unterkunft leben sollen. Wichtig sei es, so Sprecherin Ulrike Mölbert, "dass diese Menschen vor Ort engmaschig betreut werden". Für die SPD hält Rudolf Steck den Bau einer Unterkunft für maximal 50 Personen für realistisch, allerdings müsse es einen Plan geben, der den Ausbau bei einem zusätzlichen Bedarf ermöglicht. Die SPD lege großen Wert "auf eine ausreichende Betreuung der Flüchtlinge". In der CDU-Haushaltsrede findet die in der Köchlinstraße geplante Gemeinschaftsunterkunft keine Erwähnung.

Schwimmbad:

"Von wichtiger Bedeutung" seien der Erhalt und die Sanierung des Schwimmbads für die Freizeitqualität Steinens, meint CDU-Sprecher Marc Sutterer. Er mahnt bei der Verwaltung an, sich darum zu kümmern, dass Fördertöpfe für notleidende Gemeinden auch genutzt werden (wir haben berichtet). Bei der Gemeinschaft hofft Sprecherin Mölbert darauf, dass das Bad 2021, "dann mit einem neuen Betreiber", wieder eröffnet werden kann. Ohne Zuschüsse von Land oder vom Bund sei eine Sanierung des Bades aber nicht möglich, betont Mölbert. Die SPD wünscht sich, dass das vom Land anvisierte Zuschussprogramm zur Sanierung des Schwimmbads auf die Sanierung sämtlicher Sportanlagen in der Gemeinde angewendet wird.

Weitere Themen:

SPD-Sprecher Rudolf Steck findet es bedauerlich, dass die Diskussion um eine dezentrale Energieversorgung Steinens nicht vorankommt. Dabei mangle es vor Ort nicht an Ideen. Ulrike Mölbert hofft, dass beim Bürgerbüro endlich entscheidende Schritte getan werden, damit die "teilweise entwürdigenden Umstände für gehbedürftige Bürger ein Ende haben". Dies wünscht sich auch CDU-Sprecher Sutterer.

Ressort: [Steinen](#)

Zum Artikel aus der gedruckten BZ vom Mi, 02. Dezember 2020:

» Zeitungsartikel im Zeitungslayout: [PDF-Version herunterladen](#)

» Webversion dieses Zeitungsartikels: [Konsens bei den Kitas und Verkehr](#)

Kommentare

Bitte legen Sie zunächst ein Kommentarprofil an, um Artikel auf BZ-Online kommentieren zu können.

[Jetzt Profil anlegen](#)
